

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	463
		<b>TOP:</b>	1
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	01.12.2020		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Hofer (Intendant IBA StuttgartRegion 2027 GmbH), Herr Schirrmann (Studio Malta), Frau zur Brügge (ASW)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Schmidt / de		
<b>Betreff:</b>	<b>Leonhardsvorstadt, Ergebnis des Planspiels</b> <b>- weiteres Vorgehen</b> <b>- mündlicher Bericht durch IBA '27-Intendant Andreas Hofer, Studio Malta, Herrn Schirrmann und Verwaltung -</b>		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigten Präsentationen sind dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen werden sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei sind sie in Papierform angehängt.

Frau zur Brügge (ASW) berichtet sinngemäß der Präsentation "Leonhardsvorstadt". Ergänzend merkt sie an, dass für das Züblin-Areal der Begriff der "Neuen Mitte" vorgeschlagen werde. Die Bürgerbeteiligung habe den Fokus auf diese Neue Mitte gelegt. Die Anregungen aus der Bürgerschaft zu den auf Folie 5 genannten vier Einzelbereichen Öffentlicher Raum, Hauptstätter Straße, Breuninger-Parkhaus und Neue Mitte fließen nun in die weitere Arbeit ein. Die Zusammenarbeit mit der ARGE solle dazu fortgeführt werden. Neben dem ursprünglich geplanten Rahmenplan solle zusätzlich ein Konzeptverfahren angestrengt werden, das den Schwerpunkt auf die Programmatik legen werde (Folie 9). Über dieses bis Mitte 2021 auszuschreibende Konzeptverfahren sollten Konsortien gesucht werden, die diese Programmatik umsetzen könnten, um danach einen Hochbauwettbewerb zu gestalten. Dieser könne die Qualitätsansprüche der IBA weiterverfolgen. Parallel dazu laufe das Bebauungsplanverfahren. Anhand Folie 10 betont sie den erforderlichen Grundsatzbeschluss zur Bodenpolitik, der voraussichtlich Anfang 2021 in die Diskussion eingebracht werde. Da der Zeitplan sehr ambitioniert sei und nicht auf diesen Beschluss gewartet werden könne, werde eine Öffnungsklausel

benötigt, um im "Geiste des Grundsatzbeschlusses" voranzuschreiten. Abschließend erläutert sie den weiteren zeitlichen Ablauf sowie die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure (Folien 11 und 12).

Anhand einer weiteren Präsentation erläutert Herr Schirrmann (Studio Malta) die Ergebnisse des Planspiels. Dazu gibt er folgende ergänzende Informationen: Da es sich um ein sehr komplexes Projekt handle, seien die Mitglieder des bearbeitenden Teams entsprechend breit aufgestellt worden. Er betont die Heterogenität der Gesellschaft im Betrachtungsraum (Folie 5), die Zielkonflikte mit sich bringe, da es sehr unterschiedliche Vorstellungen von "Stadt" gebe. Abschließend merkt er an, die konkreten Vorschläge der bisher erreichten Stakeholder (Folie 26) deckten sich gut mit den erarbeiteten zentralen Entwicklungszielen (Folie 24). Es sei eine sehr gute Grundlage, die Programmatik entlang der Vorstellungen, aber auch entlang der Ziele zu entwickeln.

Die Einbettung des Projektes in den IBA-Kontext wird von Herrn Hofer (Intendant IBA StuttgartRegion 2027 GmbH) dargestellt. Die Aufnahme der Leonhardsvorstadt als IBA-Projekt sei äußerst positiv zu bewerten, da in diesem Gebiet unterschiedlichste Menschen, räumliche Ansprüche und schwierige Thematiken, zum Teil aus der Historie bedingt, zusammenkämen. Die Metaebene der Stadtdiskussion habe sich in diesem Gebiet bewährt; ein "IBA-Spirit" zeichne sich ab. Zudem stehe man mit zahlreichen anderen Initiativen (Leonhardskirche, Film- und Medienhaus, Breuninger) in Verbindung. Somit könne für das Züblin-Areal das Beste herausdestilliert werden. Aufgrund der Corona-Pandemie seien neue Beteiligungsformate entwickelt worden, die sehr gut angenommen worden seien. Dass Freiraumansprüche mit großer baulicher Komplexität kombiniert werden können, sei ein erfreuliches Ergebnis des Verfahrens. Mit einem Fiktieren des Grundstückes in kleinere Einheiten werde man dem urbanen Anspruch an diesen Ort nicht gerecht. Es müssten Konzepte gesucht werden, die dann in einen qualifizierten architektonischen Formfindungsprozess kämen. Mit der Betrachtung der konkreten Probleme vor Ort, Offenheit, Mut, Beteiligung und Kommunikation könne ein einmaliges Projekt erreicht werden. Positiv wirke sich das Datum der IBA in 2027 aus, denn es mache Entscheidungen notwendig. Über den bisherigen Prozess seien gute Dinge entwickelt worden, und er freue sich auf deren architektonische Umsetzung.

Für die IBA und die Stadt Stuttgart sei es Anspruch, so BM Pätzold, im Züblin-Areal hinsichtlich Architektur und Prozessentwicklung neue Wege zu gehen. Er berichtet aus dem Bezirksbeirat Mitte, der einstimmig folgenden Beschluss gefasst habe:

- "1. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Weg soll umgesetzt und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden.
2. Die Grundstücke des Planungsgebietes sollen im Eigentum der Stadt bleiben. Für die weitere Planung möchte der Bezirksrat auch bei den Fragen der Parzellierung in der Vorbereitung miteinbezogen sein."

Der Vorsitzende kündigt in regelmäßigen Abständen Berichterstattung im Gremium an. Die Entscheidung liege schlussendlich beim Gemeinderat, wie mit der Entwicklung des Quartiers umgegangen werde.

Wie alle weiteren Rednerinnen und Redner dankt StR Winter (90/GRÜNE) für die Berichte. Das Engagement der Beteiligten sei enorm; die Diskussionskultur empfinde er als äußerst positiv und wertschätzend. Es biete sich die einmalige Chance, eine "Mitte in der Mitte" zu entwickeln und das Stadtgebiet völlig neu zu gestalten. Zustimmung

äußert er zu den herausgearbeiteten Schwerpunkten Wohnen, Verkehrsberuhigung und Freiräume. Wenn Freiräume geschaffen werden, ergebe sich eine stärkere Akzeptanz für höhere Dichte. Der Gemeinderat sei nun gefordert, wenn es um die Finanzierung und eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik gehe. Dazu erwarte er gerne einen Vorschlag seitens der Verwaltung im kommenden Frühjahr.

Anerkennung spricht StR Kotz (CDU) für das Engagement verschiedener Nutzer/-innen aus. Für ihn schwinde in diesem Punkt stets die Frage nach der Repräsentativität mit. Es handle sich um "City pur", wodurch viel mehr Menschen - Anwohner/-innen und Besucher/-innen - betroffen seien, als in einem reinen Wohngebiet eines Vorortes. Es müsse dafür Sorge getragen werden, alle Menschen zu erreichen. Es seien nun verschiedene Szenarien der Nutzung vorgestellt worden, wobei sich ihm die Frage stelle, wann und durch wen die Entscheidungen getroffen würden. Zudem wolle er wissen, ob eine Gegenüberstellung von zukünftigen Nutzungen (Neueinrichtungen, Verlagerungen, Erweiterungen etc.) geplant und mit welchen finanziellen Auswirkungen zu rechnen sei. Das Grundstück selbst könne losgelöst von der Grundsatzdebatte zur Bodenpolitik betrachtet werden; er rechne nicht mit einem Verkauf.

Auf große Zustimmung stößt diese Form der Diskussion von Stadtentwicklung bei StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Dies sei eine Blaupause für zukünftige Entwicklungen in Stuttgart. Der kooperative Dialog mit der Bürgerschaft und die Überprüfung von Modellen würden benötigt, um konkret über Stadtplanung sprechen zu können. In diesen Prozessen könne sich Stadt neu erfinden. Es sei großartig, dass der Gemeinderat Räume für experimentelles Vorgehen schaffe. Angesichts der zahlreichen und teilweise konträren Wünsche für das Areal regt der Stadtrat an, neben dem Züblin-Areal über weitere Flächen zu diskutieren. So müsse das Grundstück des Breuninger-Parkhauses in die Überlegungen miteinbezogen werden. Die Verhandlungen in der Bodenfrage dürften nicht nur auf das Züblin-Areal begrenzt werden. Positiv bewertet er, dass anhand der Nutzungen über die Konditionen für Boden wie Erbpacht herangegangen werde. Für diesen Mut, die Herangehensweise umzukehren danke er.

Laut StRin Kletzin (SPD) kann aus der IBA-Teilnahme viel für die Stadtplanung und Beteiligung herausgezogen werden. Sie wolle wissen, ob es seitens der IBA bereits ein Konzept zur weiteren Begleitung des Projektes gebe. Gegenüber Herrn Schirrmann merkt sie an, dass die Beteiligung eines Teams Auswirkungen auf die einzelnen Aktionen habe. Sie regt an, die verschiedenen Gremien des Gemeinderates ebenfalls in einer neuen Form am Prozess zu beteiligen. Sehr wichtig sei die Verzahnung mit dem laufenden Prozess zur B14; dessen Planer müssten ebenfalls einbezogen werden. Am Ende dürften nicht nur außerordentliche architektonische Ergebnisse stehen, sondern auch der Weg der Entwicklung müsse beispielhaft gewesen sein.

Über die hohe Teilnehmerzahl am Planspiel zeigt sich StR Serwani (FDP) sehr erfreut. Die Neue Mitte verdiene mit dem Freiraumkonzept ein Plus; vor allem die Raumstudie "Halb-Halb" bewerte er positiv. Er plädiert dafür, eine soziale Nutzung mit verschiedenen Raumprogrammen möglich zu machen. Da der Zeitrahmen sehr ambitioniert sei, hoffe er auf rechtzeitige Umsetzung. Die Anmeldung als IBA-Projekt sei die richtige Entscheidung gewesen und die Bereitstellung finanzieller Mittel sowie die Beteiligung der Gremien selbstverständlich.

StR Zeeb (FW) betont, neben den zahlreichen stadtökologischen Aspekten würden auch private Investoren benötigt, die die baulichen Akzente für die zahlreichen sozialen Einrichtungen schafften. Positiv bewertet er die Wirtschaftlichkeitsberechnung zu Kosten und Erträgen. Er sei skeptisch, ob die genannten Stakeholder diese Berechnung in ihrem Sichtfeld hätten. Er plädiert dafür, in einem Gebiet im Herzen der Stadt eine GRZ von 0,5 bis 0,7 nicht zu unterschreiten. Er wolle wissen, ob die Finanzierung für die nächsten Aufgaben gesichert sei.

Für StR Goller (AfD) ist der Begriff "Planspiel" aufgrund seiner Bedeutung verwirrend und unglücklich gewählt. Kritisch sieht er, dass innerhalb eines ohnehin innovativen Konzeptverfahrens das Verfahren selbst neu gestaltet und ein neues Berechnungsmodell aufgesetzt wird. Dadurch werde an zu vielen Stellschrauben gedreht. Er spricht die beachtliche Anzahl der Teilnehmer/-innen an der Bürgerbeteiligung an; jedoch unterliege die Teilnahme immer einer gewissen Selektion, da vor allem extrovertierte, involvierte Menschen daran teilnahmen. Somit könne nicht von Repräsentativität gesprochen werden. Da es sich um ein "Herzstück" der Stadt handle, könne man sich kein Experiment leisten. Die dargestellten Optionen seien zwar für die Anwohner/-innen gut, für die Stadt aber schlecht. Die Ansprache von Drogenkonsumenten sei für ihn nicht nachvollziehbar; es gebe zahlreiche Angebote zur Unterstützung dieser Klientel auf Landes- und Bundesebene. Er könne sich für Stuttgart keinen rechtlichen Freiraum vor allem für Drogenhändler vorstellen; möglicherweise würden kriminelle Tätigkeiten durch die Hintertür toleriert. Bei der Verräumlichung der Programmatik stelle sich für ihn die Frage, wie alle Bedürfnisse und Wünsche in Kombination gebracht werden, die in der Realität unweigerlich Friktionen hervorrufen werden. Er plädiert abschließend für Steuerungsmöglichkeiten durch den Gemeinderat, nicht nur reine Berichterstattung.

Die Ergebnisoffenheit des Prozesses hält StRin Köngeter (PULS) angesichts der zahlreichen Interessen für sehr wichtig. Sie begrüßt, dass es eine spezielle Lösung für genau diesen Ort und seine Bewohner/-innen geben soll. Die crossmedialen Beteiligungsmöglichkeiten und die Einbindung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sicherten die Teilnahme vieler Menschen. Im Experiment Gemeinschaftsoase plädiert sie für eine hohe Dichte, da es sich um ein zentrales Gebiet handle. Die Nutzung von Dächern als Freiräume könne sie unterstützen, wenn niederschwellige Angebote gemacht würden. Sie wolle wissen, ob sich durch den Wettbewerb zur B14 Änderungen ergeben werden. Des Weiteren signalisiert die Stadträtin Unterstützung für das weitere Vorgehen.

Zu den Anregungen der Ausschussmitglieder nimmt Frau zur Brügge Stellung und erklärt, Bezirksbeirat und Gemeinderat würden selbstverständlich umfangreich am Prozess und an den Entscheidungen beteiligt. Es handle sich um ein Wechselspiel zwischen Verdichtung, Beteiligung und Empfehlung an den Rat; es werde stets der nächste Schritt erst dann eingeleitet, wenn der Rat darüber befunden habe. Es werde derzeit überlegt, wie eine weitere Expertise in diesen Verdichtungsprozess eingearbeitet werden könne. Sie schlägt vor, ein Expertengremium zu kreieren, das in der nächsten Beratung zum Thema voraussichtlich vorgestellt werden könne. Es seien nun Ideen und Anregungen in großer Zahl gesammelt worden, die nun gefiltert werden müssten. Möglicherweise könnten einige davon auf umliegende Gebiete übertragen werden. Frau zur Brügge führt weiter aus, dass die Gewinner des Wettbewerbs zur B14 in den Prozess eingebunden seien. Die finanziellen Mittel seien derzeit ausreichend, lediglich die Kontaktstelle vor Ort sei nicht weiter finanziert. Im nächsten Doppelhaushalt müsse darüber entschieden werden, ob diese weitergeführt werde.

Die Frage nach der Repräsentativität des Beteiligungsverfahrens greift Herr Schirrmann auf. Er betont, das Verfahren sei sehr umfangreich aufgesetzt und eine dynamisch-reaktive Kommunikationsarbeit geleistet worden. Man habe auf unterschiedlichen Ebenen (Briefkasteneinwürfe, Social Media, aufsuchender Dialog etc.) agiert. Die direkte Ansprache der Menschen habe einen hohen Stellenwert im Projekt; es seien Vertrauensverhältnisse aufgebaut worden. Dabei sei festgestellt worden, dass Beteiligungskultur im Gebiet/Viertel sehr unterschiedlich wahrgenommen werde; manche Menschen seien sogar davon ausgegangen, dass eine Beteiligung nicht gewünscht oder erlaubt sei. So sei in gewisser Weise Grundlagenarbeit geleistet worden, indem die Menschen an die Themen herangeführt worden seien. Die Verzahnung der Formate habe eine breite Beteiligung ergeben. Da die Ergebnisse stets vom Ausschuss beraten werden, sei Repräsentativität gewährleistet. Es müsse klar definiert werden, welche Kompetenzen den einzelnen Foren zugewiesen werden (Gestaltungsbeirat etc.). Der Skepsis der Bewohner/-innen könne begegnet werden, und das gewählte Format könne dies leisten. Er erklärt weiter, dass das Gebiet stark durch PKW geprägt sei. Über das Beteiligungsverfahren sei herausgefunden worden, dass die Menschen des Viertels vom neuen Breuninger-Parkhaus nicht direkt profitieren wollen oder werden, die Relevanz des Parkhauses für die Gesamtstadt jedoch akzeptierten. Es sei wichtiger, wie beispielsweise die Erdgeschossnutzung (z.B. Fahrradwerkstatt) aussehen werde. Er bestätigt, dass das Architekturbüro asp (Gewinner Wettbewerb B14) am Prozess beteiligt sei. Es stelle sich die Frage, wie ein komplexer, verschachtelter Stadtraum zukünftig gestaltet werden könne. Die Quartierskante am Mobilitäts-Hub sei dabei nur ein Aspekt unter vielen. In der Frage der Nutzungsmischung gebe es verschiedene Ansätze, wie Friktionen begegnet werden könne. Neben rechtlichen Aspekten brauche es den Willen, die Menschen an einen Ort zu bringen, den sie verständen. Man benötige einen moderierenden Prozess, der die Ideen weiterentwickle und den Mut aufbringe, Dinge zu hinterfragen. Fachbegriff für das Planspiel sei eine partizipativ angelegte Machbarkeitsstudie; es würden stets Annahmen getroffen, um am Ende bestmöglich dazustehen.

Weitere Ergänzungen bringt Herr Hofer in die Diskussion ein. Wer die Stadt der Zukunft gestalten wolle, müsse "träumen und rechnen können". Die Traumphase habe nun stattgefunden, nun erfolge der Übergang in die Rechnungsphase. Er sei überzeugt davon, dass es kein gutes "Haus" werde, wenn Partikularinteressen von verschiedensten Gruppen gesammelt würden. Es müsse ein robustes Modell entwickelt werden, das in einer gewissen Dichte geschehen könne, hinter dem aber eine funktionierende Wirtschaftlichkeit stehen müsse. Der Korridor werde in der nächsten Phase enger. Es seien aber gute Fachleute im Team vorhanden, die diese Aufgabe bereits mehrfach umgesetzt hätten. Zum Zusammenhang zwischen Züblin-Parkhaus und Leonhardsvorstadt merkt er an, das bei der IBA eingereichte Projekt habe stets dieses Betrachtungsperimeter gehabt. Er sichert weitere Unterstützung zu. Es gebe die Sorge im Quartier, dass mit diesen beiden Großbaustellen die Nutzbarkeit des Raumes über Jahre massiv eingeschränkt werde. Eine Koordination sei dringend notwendig. Zur weiteren Rolle der IBA im Prozess hält er fest, für die IBA seien Projekte nicht abgeschlossen, wenn sie ihre architektonische Form gefunden hätten. Projekte seien Prozesse bis mindestens zum Einzug. Es werde aktuell sehr viel Prozesswissen generiert, das zwischen den Projekten hin- und hergespielt werde. Evaluation und Dokumentation seien wichtige Aspekte der IBA. Diese Kontinuität könne bis 2027 geleistet werden.

BM Pätzold dankt für die Zustimmung zum weiteren Verfahren. Für Anfang 2021 kündigt er einen weiteren Bericht zur nächsten Phase an; in den kommenden Haushaltsberatungen müssten die IBA-Projekte zudem weiter finanziell unterfüttert werden.

Der Vorsitzende stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / de

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Referat WFB  
Liegenschaftsamt (2)  
Stadtkämmerei (2)
  3. BVin Mitte
  4. Rechnungsprüfungsamt
  5. L/OB-K
  6. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS